

**Zeitschrift:** Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =  
Gazetta militare svizzera

**Band:** 13=35 [i.e. 14=34] (1868)

**Heft:** 22

## **Buchbesprechung**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 26.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

hauptsächlich aus Fußvolf gebildet und bestanden aus Spießträgern und Hellebardiren. Die Stelle der Leichtbewaffneten vertraten die Armbrust- und später die Büchschützen.

Die Hauptwaffe der schweizerischen Schlachthaufen bildete im XV. Jahrhundert der lange Spieß. Nebst dem Spieß war die Hellebarde beliebt. Oft war auch ein Theil der Leute mit Morgensternen, Mordarten und zweihändigen Schwertern bewaffnet.

Zu besonderem Ansehen standen die Armbrust- und später die Büchschützen. Jeder Mann, mochte er mit Nah- oder Fernwaffe bewaffnet sein, führte das Schwert, nebstdem oft ein Beimeffer. Schilde waren bei Krieger der schweizerischen Eidgenossenschaft im XIV. Jahrhundert gebräuchlich, verschwinden aber im Lauf des XV. Jahrhunderts gänzlich.

Die Fußknechte trugen Helme, Ritelhauben oder Eisenhüte, nebstdem ein Panzerhemd oder einen Brustharnisch. Beinschienen waren seltener; Eisenhandschuhe dagegen allgemein gebräuchlich.

Die Reiterei und auch das Geschütz war aus Mangel, das nöthige Material aufbringen zu können, in den Heeren der schweizerischen Eidgenossen meist wenig zahlreich.

Als im 16. Jahrhundert alle europäischen Völker die Taktik der Schweizer annahmen, bildeten sie ihre Heere aus den gleichen Waffen, nur wurden mit der Zeit die Büchschützen immer mehr vermehrt, bis endlich, Ende des 17. Jahrhunderts, nach Erfindung der Bajonettflinte, die früher gebräuchlichen Nah- und Fernwaffen gänzlich aus den europäischen Heeren verschwanden.

Mit der Einführung der Feuerwaffen der Infanterie hatte auch das grobe Geschütz eine Rolle auf den Schlachtfeldern zu spielen angefangen. Von nun an bestanden die Heere stets aus drei Waffengattungen, nämlich Infanterie, Reiterei und Artillerie.

(Fortsetzung folgt.)

**Der deutsche Krieg von 1866.** Historisch, politisch und kriegswissenschaftlich dargestellt von Heinrich Blankenburg. Mit Karten und Plänen. Leipzig: F. A. Brockhaus. 1868. Preis gebunden 2 Thlr. 10 Ngr., gebunden 2 Thlr.

(Fortsetzung.)

Nachdem der Herr Verfasser die politische Lage Europas weiter auseinander gesetzt, geht er zur ursprünglichen Streitfrage zwischen Oestreich und Preußen über, hebt die Einwirkung des konfessionellen Moments, die Stellung Oestreichs zum deutschen Reich, seine Rivalität mit Preußen seit Friedrich II., das Verhältniß beider Großmächte zum engern Deutschland nach 1815, die Wandlung in der deutschen Politik seit dem Regierungsantritt Wilhelm I. hervor, und geht dann zum Krieg gegen Dänemark und seiner Bedeutung für die europäische Stellung Preußens über.

Dem leitenden Staatsmanne Preußens wird es zu einem besondern Verdienst angerechnet, daß er zum Krieg gegen Dänemark Oestreich als Bundesgenossen

zu erwerben wußte. Der Verlauf des Krieges von 1864 hat gezeigt, wie schwer es selbst der vereinigten Macht beider Großstaaten war, der Preßion des Auslandes nicht zu erliegen. Der maßlose Hohn, mit welchem das kleine Dänemark sich dem deutschen Riesen gegenüber seit einem halben Menschenalter geberdet hatte, fußte allein auf der Annahme, daß Deutschland in eigenen Angelegenheiten nicht Krieg führen dürfe. Hätte diese Annahme keine Berechtigung gehabt, so wäre Deutschland nie in die Lage gekommen, dem winzigen Feinde gegenüber Krieg führen zu müssen. Lange durften selbst die allirten Mächte das Unternehmen gegen Dänemark nicht mit dem Namen Krieg bezeichnen.

Mit dem Frieden von Wien hatte Preußen die (seit der Demüthigung von Olmütz) verlorene Armfreiheit wieder erlangt, und dasselbe trat jetzt wieder vollbürtig in die Reihe der Großmächte ein. Es durfte den Krieg wieder als ultima ratio betrachten, ohne sich jeden Augenblick einer Koalition gegenüber zu sehen. Auch Preußen und Deutschland gegenüber hatte der Satz wieder Geltung, daß der Staat seinem ganzen Wesen nach keine höhere Macht über sich anzuerkennen vermag, daß er die letzte Entscheidung in sich selbst trägt, daß die Verhältnisse der Staatenindividuum unter keinem Gesetz, unter keinem Recht, als dem der allgemeinen Gerechtigkeit stehen. Doch mit dem Abschluß des Friedens und der Losreißung der Elbherzogthümer von Dänemark treten die auseinander gehenden Ziele Preußens und Oestreichs hervor — nach Behandlung derselben geht der Herr Verfasser auf den politischen Feldzug des Grafen Bismarck gegen den Bund während und unmittelbar nach dem deutsch-dänischen Krieg über, wo derselbe die Zeit, während der Oestreich an seiner Seite ging, mit Energie und Konsequenz gegen den Bund und die Partikularsouveränitäten benützte. Alle Versuche der Mittelstaaten, die Erbrechte des Augustenburgerstammes zur Geltung zu bringen, wurden in Frankfurt zu Falle gebracht, oder unwirksam gemacht.

Mit jedem Tag wurde es Oestreich schwerer, Preußen auf dem eingeschlagenen Wege zu folgen, daß das Wiener Kabinet dennoch über die Dauer des Krieges hinaus mit dem preußischen Hand in Hand ging, hatte einestheils, wie der Verfasser sagt, seinen Grund in gewissen an die heilige Allianz erinnernden Tendenzen, die im Sommer 1864 vorübergehend auftauchten.

Als der letzte bedeutende Akt, zu dem Bismarck das Wiener Kabinet fortreißen konnte, war die Beilegung der Bundesgewalt aus Holstein, doch das drohende Auftreten, zu welchem sich Preußen bei dieser Gelegenheit den Kabinetten von München und Dresden gegenüber veranlaßt sah, gab der seitherigen Intimität der Großmächte den ersten Stoß.

Als es sich darum handelte, mit Preußen gemeinsam die Regierung der Herzogthümer zu übernehmen und so lange fortzuführen, bis eine definitive Lösung gefunden sei, mußten sich die weit auseinander gehenden Endziele beider Mächte offenbaren. Nichts, was dem beiderseitigen Interesse entsprach, war mehr zu

erreichen, kein gemeinsamer Gegner mehr zu bekämpfen. Ende 1864 war die Spannung zwischen Oesterreich und Preußen aller Welt offenkundig. Preußen mußte sich von Anfang 1865 an auf einen völligen Bruch mit Oesterreich gefaßt machen und sein leitender Staatsmann sorgte deshalb dafür, die auswärtigen Beziehungen so zu gestalten, daß er von der Krise nicht überrascht werden konnte. Die Mittel, durch welche sich Preußen Italien näherte und sich die Neutralität sicherte, werden sodann entwickelt, und die Ereignisse, die zum offenen Konflikt mit Oesterreich führen mußten, dargestellt, dann aber auch die Veranlassung, welche den Gasteinervertrag herbeiführte (der die Entscheidung durch die Waffen hinaus schob), angeführt.

Die Konvention von Gastein wird als der letzte Versuch politischer Transaktion bezeichnet, von dem Tag ihrer Durchführung datiert der Ausgangspunkt der über Deutschland hereinbrechenden Katastrophe. Wohl nicht mit Unrecht glaubt Herr Blankenburg, daß durch die Konvention von Gastein eine friedliche Lösung der Differenzpunkte in der Herzogthümerfrage eher erschwert als gefördert worden sei. Die zahlreichen Keime zu weiteren Konflikten, welche das neugeschaffene, über alles Maß komplizierte und allen staatsrechtlichen Begriffen widerstrebende Verhältniß im Schoße trug, war ganz angethan, Preußen jeden Augenblick die Möglichkeit zu gewähren, an die Gewalt zu appelliren.

Ganz richtig wird der Gasteiner Vertrag ein diplomatischer Sieg Preußens genannt, der die öffentliche Meinung in Oesterreich erbittern und die kaiserliche Regierung zu einer unbeugsamen Haltung gegen Preußen veranlassen mußte.

Schon bevor die Massendemonstration, am 23. Januar 1866, in Altona stattfand, hatte (am 20. Januar) Graf Bismarck eine Note an Wien gerichtet, welche es deutlich aussprach, daß die preußenfeindliche Haltung der Verwaltung Holsteins bei weiterer Fortdauer auf die Beziehungen beider Höfe rückwirken müsse. Als unmittelbar darauf die Altonaer Manifestation in das Werk gesetzt wurde, sandte Bismarck am 26. Januar eine zweite Note, mittelst deren er Oesterreich die Allianz förmlich kündigte.

Nach diesem geht die Schrift zu der Zusammenkunft Bismarcks mit Kaiser Napoleon III. in Biaritz über, wo ein gewisses Einverständniß zwischen Preußen und Frankreich angebahnt wurde, hebt bei dieser Gelegenheit die Analogien in der innern und äußern Politik dieser beiden Staatsmänner hervor und sagt: „Beide sind einem freien innern Staatsleben oft und mit Gewalt entgegengetreten, beide aber nur dann, wenn sie sich durch dasselbe in der Erreichung ihrer größern politischen Ziele behindert sahen. Wo der Appell an Ideen, die dem konservativen Prinzip schnurstracks entgegenstanden, den Rücksichten politischer Zweckmäßigkeit entsprach, sind beide nie davor zurückgeschreckt. Graf Bismarck hatte dieß durch sein dem österreichischen Bundesreformprojekt von 1863 entgegengesetztes, auf direkter Volkswahl basirendes Programm bereits bewiesen. Beide Staatsmänner

zeigten auch ein gegenseitiges Verständniß für die Verschiedenheit der Grundlagen, auf denen ihre Staaten ruhten. Bismarck anerkannte stets, daß der Kaiser Napoleon der Stimmung der Massen, die ihn auf den Thron erhoben, Rechnung tragen mußte, und verstand es, sich in Rücksicht hierauf in seinen Zielen zu beschränken. Napoleon dagegen hat es noch vor dem Kriege ausgesprochen, daß Preußen berufen sei, sich wenigstens in Norddeutschland eine breitere und festere Position zu schaffen. Bis zu dieser Grenze ist ein Einverständniß unbedingt anzunehmen, nicht aber über dieselbe hinaus. Der Vertreter Preußens konnte dem französischen Kaiser nie Aussicht auf einen Fuß breit deutschen Landes, geschweige denn auf die Rheingrenze eröffnen, der Kaiser dagegen nie eine Politik aktiv unterstützen, die Preußen zum Herrn eines ungetheilten Deutschland gemacht hätte. Sogar die Vortheile, die das Ausland stets in einem durch den Dualismus geschwächten Deutschland erkannt hatte, vermochte er nicht von vornherein leichtweg zu opfern. Jedenfalls aber reichten die Verständigungen zwischen Bismarck und dem französischen Kaiser aus, um erstern in einem um Schleswig-Holsteins willen eintretenden Bruch mit Oesterreich keine anderweiten Gefahren erkennen zu lassen.“

Dann kehrt der Herr Verfasser zu dem Depeschenwechsel zwischen dem Kabinet von Wien und Berlin zurück, und gibt die Antwort des Grafen Mensdorf auf die Note Bismarcks vom 26. Januar, die verneinend und ausweichend ausfiel; die charakteristischen Erscheinungen in den Herzogthümern, Bismarcks Stellung zur Opposition werden erörtert, und dann geht der Verfasser (bevor er zu der Aufnahme der deutschen Frage übergeht) auf das Programm des Grafen Bismarck vom Jahr 1859 zurück, welches vom besonderem Interesse ist, da es den Nachweis liefert, daß alles, was sich von jetzt ab in Europa vollzog, nicht das Spiel des Zufalls war, sondern als vollständiger tief durchdachter Plan vor den Augen des preussischen Ministers stand, der sich durch die geschickte Durchführung seines Wertes einen Platz unter den ersten Staatsmännern aller Zeiten und Länder erworben hat.

Schon 1859 hielt Graf Bismarck den Augenblick, eine Bundesreform anzustreben, geeignet, und bezeichnete „die Zeiten politischer Krisen gerade die gefährlichen Zeiten“, als diejenigen, wo Preußen eine Bundesreform in Anregung zu bringen und durchzusetzen habe. „Für uns — sagte er damals — kehrt eine Gelegenheit, wenn wir die jetzige unbenutzt lassen, vielleicht nicht so bald wieder, und wir sind dann später von neuem auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten nichts an der Sache ändern läßt.“

Besonders beachtenswerth sind die von Graf Bismarck, 1859 in dem Brief — wo derselbe sein Programm entwickelt, geschriebenen Worte: „Das Wort „Deutsch“ statt „preussisch“ möchte ich gerne erst dann auf unsere Fahnen geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unsern übrigen Landesleuten verbunden wären als bisher: es verliert von seinem

Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus, abnützt.“

Auf die österreichische Note vom 7. Februar folgte keine Erwiderung von Seite Preußens. — Die österreichischen Staatsmänner fingen an die Möglichkeit einer Waffenentscheidung in Anbetracht zu ziehen, glaubten aber, durch eine herausfordernde Haltung und einige Demonstrationen Preußen einschüchtern zu können — es begann in der Mitte März mit geringfügigen Truppenkonzentrationen in Böhmen und Galizien — durch die der österreichische Minister nichts anderes erreichte, als daß ihm Preußen den Vorwurf einer Bedrohung machen konnte, ein Vortheil, den sich Graf Bismarck keineswegs entgehen ließ.

So sehr wir selbst durch die Beschaffenheit der fundamentalen Streitfrage von der Berechtigung Preußens zum Krieg gegen Oesterreich überzeugt sind, so wenig hat uns bis jetzt der Vorwand zu demselben befreit, daß es aber, dem Herrn Verfasser so leicht wird, Preußen durch Oesterreich zum Krieg gezwungen darzustellen, das ist wohl den unbegreiflichen Künsten österreichischer Diplomatie zu verdanken, die blind in jede ihr gelegte Schlinge hineinsinken. Oesterreich gab sich wirklich den Anschein, als ob eine kriegerische Entscheidung in seiner Absicht läge, während es doch zum Krieg gar nicht vorbereitet war, während dagegen Preußen, welches sich schon lange auf den Krieg vorbereitet hatte, den Vorwand erhält, daß es von feindlichem Angriffe bedroht, sich vertheidigen müsse. Nur genaue Kenntniß des Charakters der österreichischen Staatsmänner konnte dem Grafen Bismarck die Möglichkeit geben, sie jene Fehler machen zu lassen, die den Anschein der Absichten Oesterreichs und Preußens veränderten, und ersteres unaufhaltsam einem Krieg unter ungünstigen Umständen zuführten.

In der Folge wird der Abschluß der Allianz mit Italien und die preussische Circulardepesche vom 24. März behandelt. Dann geht der Verfasser zu den inneren Verhältnissen Preußens und Oesterreichs und die maßlosen Ausschreitungen der österreichischen Presse über — dann folgen die Note des Grafen Mensdorff vom 31. März, die preussische Antwort vom 6. April, die österreichische Note vom 7. April, die Erwiderung Bismarcks am 15. April und der preussische Antrag auf Bundesreform vom 9. April.

Am 18. April machte Oesterreich den Vorschlag beiderseitiger Abrüstung, der allgemeine Friedenshoffnungen erregte, und auf welche Graf Bismarck sehr bar einging. — doch da Oesterreich die in Böhmen konzentrierten Kräfte nach Italien senden wollte, mußte das Abrüstungsprojekt scheitern, da Preußen die Bedrohung seines Bundesgenossen nicht ruhig ansehen konnte.

Preußen wollte den Krieg, um die große deutsche Frage zur Lösung zu bringen, und die Allianz mit Italien gab ihm ein neues Mittel zu der kriegerischen Entscheidung zu drängen und Oesterreich als den Angreifer darzustellen.

Nach verschiedenen fruchtlosen Unterhandlungen erklärte Oesterreich am 4. Mai den Depeschenwechsel wegen der Rüstungen für erschöpft. Italien tritt

jetzt offen mit den Rüstungen heraus; dann wird die Bundesreformfrage, die Haltung der öffentlichen Meinung in den Mittel- und Klein-Staaten, der Depeschenwechsel zwischen Berlin und Dresden, und Sachsens Antrag am Bund vom 5. Mai behandelt.

Wenn irgend etwas geeignet gewesen wäre, den Grafen Bismarck in Preußen populär zu machen, wäre dieses sein rücksichtsloses Vorgehen gegen dem vom Groß aller freisinnigen Elemente verfolgten Bundestag gewesen. Die Wirkung der letzten Vorgänge auf die allgemeine Stimmung in Preußen werden dann weiter ausgeführt, und die berücksichtigten Friedensadressen, durch welche die für ihre materiellen Güter ängstlich besorgte Bürgerschaft ihren Befürchtungen vor dem Krieg Ausdruck gab, erwähnt.

Die weiter gehenden Ereignisse bewirkten bald einen Umschwung in der öffentlichen Meinung Preußens und die Stimme der Jaghaften wurde zum Schweigen gebracht. Mittlerweile hatte sich ganz Deutschland in ein weites Kriegslager verwandelt, die preussische Armee wird mobilisirt und die österreichische Nordarmee unter Befehl des Feldzeugmeisters Benedek an der sächsischen und schlesischen Grenze konzentriert. Am 18. Mai veröffentlichte Benedek einen Armeebefehl in dem Tone, als ob die Feindseligkeiten schon in den nächsten Tagen eröffnet werden sollten. Noch ein Stadium bis zur Waffenentscheidung war zu durchlaufen, nämlich der Vermittlungsversuch der fremden Mächte. Doch das Ausland hatte bisher eine große Zurückhaltung beobachtet. Zwei Gründe veranlaßten den Kaiser Napoleon, Preußen den Weg, den es eingeschlagen hatte, nicht von vorneherein zu verlegen, zunächst dessen Solidarität mit Italien, dann aber der Umstand, daß Preußens Vorgehen durchaus dazu angethan war, die letzten Reste der Verträge von 1815 zu beseitigen. — Doch Kaiser Napoleon hatte Schwierigkeiten in seinem politischen Verhalten zu besiegen. Die Niederlagen von Paris und Waterloo sind noch nicht gerächt — im ganzen war die Stimmung Frankreichs gegen Preußen. Mit dieser Stimmung hatte Napoleon zu rechnen — das beste Mittel schien ihm das Proklamiren der Politik der freien Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Am 24. März. Die hier im Dienste befindlichen Offiziere der aargauischen Bataillone Nr. 4, 15 und 17 haben an den h. Bundesrath folgende Zuschrift gerichtet:

**Militärische Umschau in den Kantonen.**

**Aargau.**

— 24. März. Die hier im Dienste befindlichen Offiziere der aargauischen Bataillone Nr. 4, 15 und 17 haben an den h. Bundesrath folgende Zuschrift gerichtet: „An den h. Bundesrath. Hochgeachtete Herren! Sie haben durch einen letzter Tage erlassenen Beschluß weitere Proben über die praktische Tauglichkeit von Gut und Mäße und zugleich die Erhebung der hierüber bestehenden Ansichten der Mannschaft angeordnet. Es ist deshalb anzunehmen, daß Ihnen Rundgebungen der Offiziere bezüglich der so zunächst berührenden Disziplinanzzeichen nicht unwill-